

**Einkommensrunde des öffentlichen Dienstes  
der Länder 2021:  
5 Prozent, mindestens 150 Euro!**



**dbb**  
**beamtenbund  
und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: [post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

**Entschließung des Hauptvorstandes des  
dbb rheinland-pfalz**

**vom 26. Oktober 2021**

**Für einen starken öffentlichen Dienst**

Deutschland braucht eine starke staatliche Daseinsvorsorge. Deshalb muss die Bezahlung im Landesdienst um 5 Prozent steigen – mindestens aber um 150 Euro.

Dies ist allein schon angesichts einer aktuellen Inflationsrate von über vier Prozent geboten.

Ohne eine gut aufgestellte Verwaltung auf Landesebene bleibt jede Gesetzgebung nur Stückwerk, ob bei Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Finanzen oder einem der vielen anderen Politikfelder. Deshalb muss jetzt investiert werden, auch und gerade in die Bezahlung.

Das ermöglicht verbesserte Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung.

Das bedeutet Wertschätzung für Bestandspersonal im öffentlichen Dienst.

**Unsere Forderungen zur Einkommensrunde 2021 mit der TdL**

- Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5 Prozent, mindestens um 150 Euro monatlich (Beschäftigte im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro)
- Erhöhung der Azubi-/Studierenden-/Praktikantinnen-/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro monatlich
- Laufzeit 12 Monate
- Wiederinkraftsetzen der Regelung zur Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung

**Wir erwarten von den Arbeitgebern:**

- Verhandlungen zur Übernahme weiterer struktureller Verbesserungen bei der Eingruppierung, insbesondere der stufengleichen Höhergruppierung
- Einrichtung eines Verhandlungstisches für das Gesundheitswesen, insbesondere zu den Restanten aus der Tarifrunde 2019, zur Erhöhung des Zeitzuschlags bei Wechselschicht- oder Schichtarbeit in Krankenhäusern und zur Einführung der dynamischen Zulage für die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Justiz- und Maßregelvollzug
- Erfüllung der Verhandlungszusage aus der Tarifeinigung von 2019 zur Eingruppierung für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau
- Gewährung eines ÖPNV-Tickets für Azubis/Studierende/Praktikantinnen/Praktikanten
- Verhandlungsverpflichtung über einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TV Stud)
- Verhandlungsverpflichtung über einen Digitalisierungs-Tarifvertrag

**Von Landesregierung und Besoldungsgesetzgeber fordern wir:**

- Übertragung des Verhandlungsergebnisses – zeitgleich und systemgerecht – auf die Beamtinnen/Beamten sowie Versorgungsempfänger/-innen des Landes Rheinland-Pfalz und der rheinland-pfälzischen Kommunen

**Zukunft nur mit uns!**

